

Geld ist Land

Schwellenländer und Multinationale Unternehmen sichern sich Lebensmittelreserven, indem sie Ländereien in hungerleidenden Nationen kaufen – Manche Staaten erlassen Schutzgesetze

LALI CAMBRA 10/12/2008

Die NGO's nennen es *the last land grab*, die letzte Landnahme. Mit dem Zusammenfallen von Nahrungsmittelpreis- und Finanzkrise, begann während des vergangenen Jahres ein Wettlauf zwischen reichen Ländern und multinationalen Unternehmen zwecks Aneignung von Ländereien in lateinamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Staaten. Die reichen Länder wollen sich damit die Nahrungsmittelreserven sichern, die Multis lukrative Geschäfte tätigen, jetzt wo die Börse im Tauchgang ist. Der Generaldirektor der FAO, Jacques Diouf, warnte davor, dass sich Geschäfte solcher Art zu einem Neokolonialismus entwickeln, die NGO's weisen darauf hin, dass dadurch die Kleinbauern, Hirten und indigenen Gesellschaften, wie immer, am meisten geschädigt werden. Sie kritisieren die Bereitstellung neuen Landes für die intensive Bewirtschaftung mit extensivem Einsatz von Pestiziden, Herbiziden und Düngemitteln aufgrund der Auswirkungen auf die Umwelt.

Angesichts des aufgekommenen Drucks hat Paraguay eine Gesetzgebung gutgeheissen, welche den Verkauf von Land an Ausländer verbietet (dies nachdem ein Bauer von der Polizei erschossen worden war, als sie ihn vom Landgut vertreiben wollte, das ein Brasilianer für den Sojaanbau gekauft hatte). Andere südamerikanische Länder, wie Uruguay, sind daran, ähnlich Gesetze einzuführen und Brasilien ist im Begriff, die Gesetzgebung zu Gunsten von mehr Transparenz und lokaler Partizipation in Geschäften mit ausländischem Kapital anzupassen.

Etwas haben die reichen Länder, die im Ausland nach neuen Territorien zur Sicherstellung der eigenen Nahrungsversorgung Ausschau halten, gemeinsam (u.a. China, Indien, Japan, Malaysia, Südkorea, Ägypten, Libyen und die Mehrheit der Länder am persischen Golf): wirtschaftliches und demographisches Wachstum verbunden mit Mangel an Ackerbaufläche oder Wasser. Alle sind Nahrungsmittelimporteure. Alle sind von den steigenden Nahrungsmittelpreisen betroffen. "Weniger von den Preisen an sich, die verkräftet werden könnten, sondern vielmehr von der protektionistischen Haltung der Produzenteländern, die ihre Exporte eingeschränkt haben," erklärt David Hallam, Verantwortlicher für die Handelspolitik der FAO. "Argentinien hat Kontrollen eingeführt, Thailand auch. Dies hat die Importeure erschreckt". Verständlich, dass sie sich eine Nahrungsmittelreserve sichern wollen. Umso mehr, wenn man in Betracht zieht, dass die Preise mittelfristig hoch bleiben werden, obwohl sie in den letzten vier Monaten relativ gesunken sind. Und angesichts angestellter Berechnungen, wonach sich im Jahr 2050 die Nahrungsmittelproduktion verdoppelt haben muss, damit die weltweite Nachfrage gedeckt werden kann.

In einem gestern publizierten Bericht der FAO ist die Rede von 963 Millionen hungernden Menschen Ende 2007. Diese Zahl wird heute die 1000 Millionengrenze überschritten haben, wenn man berücksichtigt, dass allein im 2007 die Zahl der unterernährten Menschen um 40

Millionen zunahm, gemäss Diouf "ein so dramatischer wie rasanter Zuwachs", der sich mit der aufbrechenden Weltwirtschaftskrise verstärken wird.

Eine Gemeinsamkeit haben auch die Länder, die ihr Land verhältnismässig günstig an reiche Länder verkaufen oder verpachten: die Mehrheit ist arm, sie brauchen Investitionen und Technologietransfer und streben verzweifelt eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion an. Und verfügen über Land. Theoretisch.

"Man muss vorsichtig sein, wenn man über verfügbares Land redet oder wenn die Regierungen armer Länder von marginalen und brachliegenden Zonen sprechen. Denn das Land wird genutzt. Vielleicht nicht im westlichen Sinne von Privateigentum, aber es wird genutzt: von Hirten, die ihre Herden in saisonalem Zyklus weiden lassen, womit die Regeneration der Vegetation gewährleistet ist, von Kleinbauern auf kommunenbasierte Weise und von indigenen Gruppen ohne Landtitel..." erklärt Michael Taylor, Sprecher der International Land Coalition. Dies ist ein Zusammenschluss von NGO's und Institutionen – unter ihnen die FAO – welche sich für Land- und Ressourcenzugang einsetzen um die Armut zu dämpfen, und die daran erinnert, dass der steigende Bedarf der Nahrungsproduktion durch die Kleinbauern, mit Unterstützung entsprechender Agrarpolitiken und Investitionen, erbracht werden kann.

Einer der prominentesten Fälle war derjenige eines koreanischen Unternehmens, das im Sinn hat, für 100 Jahre die Hälfte des verfügbaren Ackerlandes in Madagaskar zu pachten, um Mais zu pflanzen und nach Seoul zu importieren. Auf dieser Insel leben mehr als 70% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und mehr als eine halbe Million Menschen erhalten Unterstützung des Welternährungsprogramms.

Taylor zeigt sich beunruhigt über die Umweltauswirkungen des Projektes der koreanischen Daewoo Logistics Corporation im Südwesten der Insel, "einer sehr ariden, aber was die Flora und Fauna betrifft, extrem üppigen Zone". Der Sprecher der NGO-Koalition betont ausserdem, dass das Projekt, einmal angelaufen, eine nomadische Hirten-Gesellschaft, die Sakalava, beeinträchtigen könnte, "die bereits an den Rand gedrängt sind, als nicht zivilisiert betrachtet werden und deren Territorium durch die Ankunft von Kleinbauern schon arg reduziert worden ist. ¿Wie kann das kompensiert werden?" Die Publizität und der Skandal, den das Daewoo-Projekte ausgelöst hat, liess Zweifel aufkommen, ob es tatsächlich durchgeführt werden kann, aufgrund des wachsenden Widerstandes nicht nur aus dem Rest der Welt, sondern auch aus Madagaskar selber, wo der Zugang zu Land ein sehr delikates Thema ist und wo Tausende von Bauern noch immer auf illegale Weise Land besetzen, welches von ihren französischen Besitzern nach der Unabhängigkeit der Insel verlassen wurde.

Simon Mitambo, Verwalter der NGO African Biodiversity Network, ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich für den Schutz der lokalen Gemeinschaften einsetzt, erklärt die Kontroverse über die Kompensierung. "Wir haben es in verschiedenen Fällen von Biodiesel-Produzenten gesehen. Sie bezahlen den Bauern eine kleine Abfindung und diese wandern in die Barackensiedlungen am Rande grosser Städte ab, ohne jede Zukunftsperspektive", sagt Mitambo aus Kenia, und unterstreicht, dass sich die Unternehmen in vielen Fällen nicht mit sogenannt "marginalem" Land zufriedengeben, sondern sich "die fruchtbarsten und wasserreichsten (von Kleinbauern besetzte) Landabschnitte, oder ganz einfach, Waldgebiete

aussuchen, um sie abzuholzen und in Kulturland zu verwandeln. So geschehen beispielsweise in Äthiopien“.

Alle diese Operationen, eingeschlossen die von Daewoo, gleichen sich in Sachen Geheimhaltung. NGO´s und andere Institutionen kennen die genaue Zahl von Ausländern aufgekauften Hektaren in armen Ländern nicht, und mangels Publikationen aus laufenden Studien, kann man nur Schätzungen anstellen. Gemäss einer Studie der NGO "Grain" für die Promotion nachhaltiger Landwirtschaft, hat China, ein Land mit wachsender Bevölkerung und ohne finanzielle Probleme (aber dessen Industrialisierungsprozess die Landwirtschaftsfläche begrenzt und die Wasservorräte verschmutzt hat), bereits mindestens 30 Verträge mit asiatischen und afrikanischen Regierungen abgeschlossen: diese lauten auf Zugang zu Land für den Anbau von Reis, Soja, Mais und Agrotreibstoffpflanzen im Tausch mit Technologietransfer und Entwicklungsfonds. Allein in Afrika plant China 10 Landwirtschaftszentren in verschiedenen Ländern und fördert die Niederlassung von Privatfirmen im Ausland. Anders ist die Situation der Golfstaaten. Mitten in der Wüste gelegen, ohne Land und Wasser, sind diese Länder völlig abhängig von Importen und (im Speziellen Katar und Saudiarabien) pflegten schon lange die Tradition, in muslimischen Länder wie Ägypten oder dem Sudan Landgüter zu kaufen.

“Aber die Tendenz ist steigend, es gibt mehr interessierte Golfstaaten, mehr zu kaufendes Land, und mehr Länder, wo Land gekauft werden kann“, erklärt Marie Bos, Mitarbeiterin des Golf-Forschungszentrums, und erwähnt, dass in Pakistan und Brasilien Land gekauft wurde und dass auch Afrika im Fadenkreuz stehe, “angesichts der Tatsache, dass es für viele eine sowohl kurz- als auch langfristige Lösung in der Krise darstellt.“ Für Bos müssen die Verträge zwischen den Golfstaaten und den afrikanischen Ländern “gegenseitig gewinnbringend sein, für erstere die Nahrungsmittelversorgung sichern und für zweitere die Entwicklung der Infrastrukturen bringen, so dass die Produktionssteigerung sowohl die lokale als auch externe Nachfrage deckt“.

Gemäss der Grain-Studie werden die Praktiken der Golfstaaten unter dieser Strategie des gegenseitigen Nutzens publiziert. Ein Gewinn, auf den nach David Hallam beharrlicher gepocht werden muss. Der Verantwortliche der FAO glaubt, dass die Importländer “sich fragen müssen, ob es tatsächlich notwendig ist, sich Land anzueignen“, auch weil er der Meinung ist, dass es andere Möglichkeiten gibt, wie beispielsweise die Bildung von Partner-Unternehmen oder das Unterschreiben von fairen, bilateralen Verträgen mit den armen Ländern, “welche sich ihrerseits versichern müssen, dass die Bedingungen der Abkommen gewinnbringend sind, Arbeitsplätze und Technologietransfer schaffen, und sich mit der lokalen Wirtschaft verflechten“. Der Experte meint, dass die Tendenz, in armen Ländern Land aufzukaufen, nicht abnehmen wird, “weil die Bedingungen, die dazu geführt haben, sich kurz- und mittelfristig erhalten werden“.

Landbesitz als Investition

Die Investitionsfirmen haben auch teil am Land-Enthusiasmus. Angesichts der Volatilität der Märkte suchen sie über die Aneignung von Landgütern sichere Fonds. Viele sind am Handel mit Getreide interessiert, desgleichen an der Produktion des umstrittenen Biodiesels. Obwohl es ein “ökologischer“ Ersatz für Erdöl ist, hat der industrielle, grossflächige Anbau der Treibstoffpflanzen gemäss vielen auf dem Gebiet tätigen NGO´s gerade die gegenteilige

Wirkung, weil dafür in armen Ländern Weide- oder naturbelassenes Land umgenutzt werden oder Land von Kleinbauern enteignet wird, die dadurch zu Tagelöhnern werden.

Allein in Tansania, wo die Regierung Land bereitstellt, haben mehr als ein halbes Dutzend Firmen aus Grossbritannien, Schweden, Holland, Japan, Kanada und Deutschland (letzteres mit einem Projekt von 200 ' 000 Hektaren für die Produktion von Biodiesel) bereits ihre Operationen begonnen oder werden es demnächst tun. Laut Michael Taylor, Sprecher der International Land Coalition, tragen zu diesem Investitionsboom auch die umstrittenen Kohlenstoff-Kredite des Kyotoprotokolls bei, wobei Verschmutzung verursachende Unternehmen sich Emissionsrechte von saubereren Firmen kaufen oder Umweltprojekte in armen Ländern unterstützen können. Seit diese Kredite eingeführt wurden, ist der darauf basierende Finanzmarkt ständig gewachsen und setzt jährlich mehr als 2 ' 000 Millionen Euro um.

“Naturräume haben kommerziellen Wert erhalten“, erklärt Taylor und glaubt, dass sich die Situation für diejenigen, die Land nutzen, ohne die entsprechenden Landtitel zu besitzen, am meisten verschärfen wird: für die Kleinbauern, nomadischen Hirten und indigenen Gruppen.